



LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
217 · Ausgabe BE · März 2025



Chancengleichheit und Motivation anstatt Selektion

Die Initiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I greift ein wichtiges Anliegen der SP zur Förderung von Chancengleichheit auf. Bereits im Jahr 2008 formulierte die SP Schweiz in ihren Bildungsthesen unter dem Titel «Chancengleichheit und Motivation anstatt Selektion» das Ziel eines Schulsystems ohne Leistungsselektion bis zum Ende der Schulpflicht. Dementsprechend beschloss die SP Kanton Bern an ihrem Parteitag im August 2024, die Initiative zu unterstützen. Hanspeter Stalder

Die Aufteilung der Schüler:innen in Leistungszüge auf der Sekundarstufe I ist in der Schweiz gängige Praxis, obwohl bereits 1995 die Pädagogische Kommission der EDK festgestellt hat, dass Leistungsüberschneidungen zwischen den niedrigsten und höchsten Niveaus unvermeidlich sind. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist die Bilanz ernüchternd: Es gibt keinen einzigen Beleg für eine positive Wirkung der Selektion. Auch die häufig geäusserte Befürchtung, dass leistungsstarke Kinder ausgebremst werden, ist unbegründet. Die negativen Folgen hingegen sind bestens dokumentiert. Insbesondere «Kinder mit Grundansprüchen» leiden unter einer schlechteren Leistungsentwicklung, Stigmatisierung und

begrenzten Laufbahnmöglichkeiten. Darüber hinaus führt die Selektion zu sozialer Segregation, erzeugt bei den Kindern unnötigen Stress und verschwendet wertvolle Bildungsressourcen.

Die vielbeschworene Durchlässigkeit zwischen den Leistungszügen ist leider grösstenteils Theorie. Zwar gibt es einzelne Aufsteiger:innen – meist dank der Unterstützung engagierter Lehrpersonen, des familiären Umfelds oder enormer eigener Anstrengungen. In der Praxis bleibt die grosse Mehrheit der Schüler:innen in dem Niveau, dem sie zugeteilt wurden.

Dass es anders geht, zeigen innovative Schulmodelle wie die Mosaik-Sekundarschulen mit niveau- und jahrgangsgemischten

Klassen. Ebenso gibt es Schulen, die in niveaudurchmischten Klassen unterrichten oder zumindest niveaudurchmischte Stammklassen führen. Im Kanton Bern unterrichten bereits 40 % der Schulen auf der Sekundarstufe I in gemischten oder mehrheitlich gemischten Klassen mit denselben Ressourcen und Lehrplänen wie Schulen, die in separierten Modellen arbeiten.

Auch wenn diese innovativen Schulmodelle einige der negativen Auswirkungen der Selektion mindern, bleibt der «Stempel» «Schüler:in mit Grundansprüchen» bestehen – und mit ihm die bekannten Nachteile. Gleichzeitig zeigen sie eindrücklich, dass die Abschaffung der Selektion heute ohne tiefgreifende Reformen oder umfassende Systemänderungen möglich ist.

Die Initiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I ist ein zentraler Schritt hin zu einer chancengerechteren Volksschule. Ich habe die negativen Auswirkungen der Selektion bei meinen Kindern hautnah erlebt. Umso mehr freut es mich, dass die SP diese Initiative unterstützt.



Der Kampf am feministischen Kampftag

Am 8. März wurde weltweit einmal mehr der feministische Kampftag begangen: Er steht für den weltweiten Einsatz gegen die Unterdrückung und Gewalt, die Frauen erfahren. Insbesondere in einer Zeit, wo rechte Gewalt und Gewalt an Frauen wieder zunimmt und die Schweiz bereits nach acht Wochen im Jahr 2025 acht Femizide betrauern musste, ist dieser Tag unglaublich wichtig.



Vanessa Bieri, Co-Präsidentin
SP Frauen Kanton Bern

In den letzten Jahren ist weltweit eine politische Polarisierung zu beobachten – auch in der Schweiz. Während Frauen tendenziell nach links rücken, neigen Männer eher nach rechts. Dieses Auseinanderdriften birgt die Gefahr, dass feministische Anliegen im politischen Diskurs an den Rand gedrängt werden. Der Aufstieg rechter Parteien könnte dazu führen, dass Errungenschaften im Bereich der Gleichstellung in Frage gestellt oder rückgängig gemacht werden. Dies sehen wir aktuell beispielsweise in den USA, wo mit Trump ein verurteilter Sexualstraftäter ins höchste Amt gewählt wurde, der sich seit Jahren aktiv gegen Frauen- und Queerrechte einsetzt. Das führt zu lebensbedrohlichen Situationen für viele Menschen. So wurden nach der Wahl beispielsweise trans Menschen kei-

ne Pässe mehr ausgestellt, was sie an der Ausreise hindert.

Solidarisches Handeln kann Veränderung bewirken

Geschlechterspezifische Diskriminierung ist aber nicht nur ein individuelles Problem, sondern tief in den gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen verankert. Das patriarchale System, das Frauen und queere Menschen systematisch benachteiligt, wird durch kapitalistische Mechanismen verstärkt, die auf Ausbeutung und Ungleichheit basieren. Um Gewalt gegen Frauen effektiv zu bekämpfen, ist es daher notwendig, diese grundlegenden Strukturen zu hinterfragen und zu verändern. Ein bedeutendes Ereignis in der Schweizer Geschichte, das die Kraft kollektiven Handelns zeigt, ist der Frauenstreik vom 14. Juni 1991. Hunderttausende Frauen legten ihre Arbeit nieder, um für ihre Rechte und gegen Diskriminierung zu protestieren. Dieser Streik führte zu wichtigen Fortschritten in der Gleichstellungspolitik und zeigt, dass solidarisches Handeln Veränderungen bewirken kann. Die wiederkehrende Durchführung des

Streiks zeigt aber immer wieder, dass viele Forderungen unverändert aktuell und wir noch weit von der Gleichstellung entfernt sind.

Ausbau der Strukturen ist essenziell

Die Überlastung von Frauenhäusern und der Anstieg von Gewalt gegen Frauen sind alarmierende Zeichen dafür, dass noch viel getan werden muss. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist der Ausbau von Schutzstrukturen essenziell. Gerade im Kanton Bern haben wir mit dem Entzug der Unterstützung von Appelle! aber auch ein Beispiel, das zeigt, dass selbst für den Erhalt der bestehenden Strukturen Kampfbereitschaft erforderlich ist. Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen flächendeckend vorhanden, ausreichend finanziert und für alle Betroffenen leicht zugänglich sein. Gleichzeitig ist es notwendig, durch Bildung und Sensibilisierung patriarchale Denkmuster zu hinterfragen und ein breites Bewusstsein für die Ursachen von Gewalt zu schaffen. Strengere Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt und eine konsequente Strafverfolgung sind ebenso unerlässlich wie die Förderung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen, um Abhängigkeiten zu reduzieren und Handlungsspielräume zu erweitern. Dabei ist auch die internationale Solidarität entscheidend – die Vernetzung und Unterstützung von feministischen Bewegungen weltweit, um gemeinsam gegen patriarchale und kapitalistische Unterdrückung zu kämpfen.

SPower

Energie- und Klimapolitik für den Kanton Bern

Die Schweiz will den Energieverbrauch senken, die Energieeffizienz erhöhen, aus der Atomenergie aussteigen, erneuerbare Energien fördern sowie den Klimawandel bremsen. Die Arbeitsgruppe Energie des SP Kanton Bern setzt sich unter dem Namen «SPower» aktiv für die Umsetzung des Volkswillens im Kanton Bern ein. Jürg Joss für SPower

2017 stimmte das Volk mit 58,2 % der Energiestrategie 2050 zu – und damit einem Neubauverbot für Atomkraftwerke und dem forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien. 2023 wurde das Klimagesetz mit 59,1 % angenommen, 2024 das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien sogar mit 68,7 %. 2025 trat das revidierte CO₂-Gesetz in Kraft. Die Resultate sind ein klarer Auftrag für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik!

Energieversorgung wird oft auf die Frage der Stromproduktion reduziert, so suggeriert es auch die Blackout-Initiative aus SVP-Kreisen. Energiepolitik ist jedoch vielschichtiger. So war in der Medienerklärung des Bundesamts für Energie BfE vom 20. Juni 2024 Folgendes zu lesen: «Der Endenergieverbrauch der Schweiz ist 2023 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % gestiegen. Hauptgrund dafür ist die anhaltende Erholung des Flugverkehrs nach der COVID-19-Pandemie.» Und weiter in derselben Mitteilung: «Allerdings wurde der

Effekt der kühleren Witterung auf den Energieverbrauch zu Heizzwecken durch Sparanstrengungen, Effizienzsteigerungen und Substitutionseffekte überkompensiert.» Klimawandel, Gebäudetechnik, Energieeffizienz, Elektrifizierung im Strassenverkehr, neue Heiz- Kühleysteme wie z. B. Seewasserwärmepumpen, Batteriespeicher, Netzstabilisierung, Netzausbau, Wärmeverbunde usw. sind die Stichworte, die die neuen Herausforderungen beschreiben.

Knochenarbeit, um die energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen

Hier setzt SPower an. Wir fordern die Umsetzung des Volkswillens auf kantonaler und Gemeindeebene ein und unterstützen Kantons-, Stadt- und Gemeinderät:innen, indem wir Wege aufzeigen und praktische Empfehlungen abgeben. Wo nötig erarbeiten wir politische Vorstösse zur Umsetzung und Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele. Wir beobachten die Rolle der Energie-

versorger und fordern, dass sie ihre Verantwortung übernehmen.

Der Artikel 4 des Energiegesetzes ist der Leitfaden für das Engagement der Arbeitsgruppe SPower: «1. Bund und Kantone koordinieren ihre Energiepolitik und berücksichtigen die Anstrengungen der Wirtschaft und der Gemeinden. 2. Der Bund und, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, die Kantone und Gemeinden arbeiten für den Vollzug dieses Gesetzes mit den Organisationen der Wirtschaft zusammen.»

Die Politik muss begleiten, vorausdenken, erklären und fordern. SPower stellt sich der Aufgabe. Mach mit!

SPower

Die Arbeitsgruppe SPower ist immer noch auf der Suche nach Energiefachleuten, die sich engagieren wollen. Am 25. März 2025 um 18.30 Uhr treffen wir uns an der Monbijoustrasse 61, 3007 Bern. Interessierte melden sich bis zum 20. März 2025 unter spower@spbe.ch



Wechsel in der Deputation des Nationalrats

In der SP Kanton Bern kommt es zu einem bedeutenden Wechsel. Matthias Aebischer tritt aus dem Nationalrat zurück, nachdem er bei den Gemeindewahlen in den Stadtberner Gemeinderat gewählt wurde. Die SP Kanton Bern dankt dem langjährigen Ratsmitglied für seine enorme Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg im neuen Amt.

Neu in den Nationalrat kommt in der Frühlingssession Ueli Schmezer aus Bern. Wir wünschen ihm einen guten Start!



Matthias Aebischer



Ueli Schmezer

AGENDA

Parteitage 2025

- 26. März: Parteitag in Bern, Kongresszentrum Kreuz
- 28. Juni: Parteitag in Zollikofen
- 27. August: Parteitag in Bern (Reserve)
- 29. Oktober: Parteitag in Bern, Hotel Bern

Noch lange nicht genug erreicht

Am 8. März feierten wir den internationalen Tag der Frau. Ein alter Zopf? Nein, ich finde ihn notwendiger denn je. Ich habe an diesem Tag den Film «C'è ancora domani» der italienischen Schauspielerin und Moderatorin Paola Cortellesi zusammen mit einer Freundin angeschaut. Der Film handelt in den Nachkriegsjahren in Rom und zeigt den Alltag der Frauen im damaligen Italien, ein Alltag, der geprägt war durch Gewalt der Männer. Es ist ein beeindruckender Film über Emanzipation und das Erkämpfen von Frauenrechten. Mich hat der Film aufgerüttelt und sehr berührt. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, unseren Vorfahrinnen Respekt zu zollen und sie uns weiterhin als Vorbilder zu nehmen. Wir stellen leider fest, dass wir in Bezug auf Gleichstellung noch lange nicht genug erreicht haben, im Gegenteil, es ist eine Rückwärtsbewegung festzustellen. Seit Trump in den USA an der Macht ist, ist es wieder salonfähig geworden, Frauen offen zu diskriminieren. Der Machismus hat Einzug gehalten und macht sich breit. Auch in Euro-

Rote Feder



pa. Diversität in den Chefetagen findet nicht mehr statt – oder wird rückgängig gemacht. Es kommt mir vor, als ob die Frauen wieder an den Herd zurückgedrängt werden sollen. Und parallel dazu hat die Gewalt gegen Frauen stark zugenommen. Gerade als ich am Schreiben dieser Kolumne war, habe ich das Mail von Tamara Funicello erhalten mit dem Aufruf, eine Petition gegen Frauengewalt zu unterzeichnen, nachdem in den ersten acht Wochen in diesem Jahr acht Femizide passiert sind! Dagegen müssen wir ankämpfen, nicht nur am 8. März!

*Barbara Egger-Jenzer,
alt Regierungsrätin, Bern*

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spkantonbern



@spkantonbern



@spkantonbern